

Auswertung der Antworten auf den BVDW-Europacheck 2019

1. Plattformökonomie
2. Datenschutzgrundverordnung
3. ePrivacy-Verordnung
4. Data Economy
5. Künstliche Intelligenz, Blockchain und Ethik
6. Bildung und Arbeit 4.0
7. Start-ups und Mittelstand
8. Digitalsteuer
9. Infrastruktur
10. Cybersicherheit
11. Medienkonvergenz/Urheberrecht
12. Struktur und Zukunft der EU

1. Plattformökonomie

BVDW-Forderungen

Level-playing-field, fairer Wettbewerb
Steigerung des Potenzials des Digitalen Binnenmarktes für junge europäische Unternehmen
Vertrauen der Bürger fördern
Vertrags- und Verbraucherrecht weiterentwickeln
Notice & Action-Prinzip erhalten

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

CDU/CDU: Faire Wettbewerbsbedingungen.
Wettbewerbsrecht evaluieren.
Förderung europäischer Plattformen.

FDP: Level-playing-field, funktionierender, fairer Wettbewerb.
Chancen für neue Geschäftsmodelle eröffnen.
Kartellrechtliche Betrachtung.
Fusionskontrollverordnung anpassen.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

SDP: Fairer Wettbewerb.
Monopolen entgegenwirken.
Erleichterung des Markteintritts.
Förderung europäischer Plattformen.
Pflicht der Transparenz für Online-Marktplätze.

Bündnis 90/
Die Grünen: Google und Facebook beherrschen den Markt für Online-Werbung und können kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren.
Amazon kann hohe Gebühren verlangen und Airbnb die Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. + Monopol von Facebook
Diese Unternehmen sollen streng reguliert werden.
Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, sollen die Unternehmen entflochten werden.
Wer von Facebook zu anderen sozialen Netzwerken wechseln will, soll seine Daten mitnehmen können.

Die Linke: Effektive Umsetzung der bereits geschaffenen Regeln
Vertrauen auf Seiten der Bürger schaffen.
Wettbewerbliche Betrachtung des Marktes.
Fortbestand der Regeln zur Verantwortlichkeit von Plattformen (eCommerce).
Strengere Regulierung von Plattformen (insbesondere bei Geschäftsmodellen wie Airbnb).

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

AfD: Für markt- oder spartenbeherrschende Plattformen soll eine Verpflichtung zur Bereitstellung diskriminierungsfreien Zugangs für alle Interessen angestrebt werden.
Eine weitgehende Haftungsfreistellung für Plattformbetreiber bezogen auf öffentliche Inhalte.
Aufbau von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften mit kurzen Dienstwegen, die auf Internet-Recht spezialisiert sind.

EU-weite regulatorische Rahmenbedingungen, die den Mitgliedstaaten eine solche Implementierung ermöglicht.

2. Datenschutzgrundverordnung

BVDW-Forderung:

DSGVO in der EU einheitlich interpretieren und anwenden
Rechtssicherheit für den Datenaustausch mit Drittländern
EU-Standardvertragsklauseln prüfen und schnell anpassen

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

- CDU/CSU:** Innovationsboard einrichten, das die Evaluation der DSGVO innovationsoffen, zukunftsweisend und gerade für den Mittelstand, Gründer und Ehrenamtler anwendungsfreundlicher gestaltet.
- SPD:** DSGVO möglichst einheitlich anwenden.
Gute Zusammenarbeit der Datenschutzaufsichtsbehörden nötig.
Angemessene Mittel- und Personalausstattung der Datenschutzaufsichtsbehörden.
Keine Datenschutz-Rabatte für Länder - DSGVO Standard in andere Länder exportieren.
- FDP:** DSGVO Evaluierung im Jahr 2020 ist wichtig.
Brauchen Transparenz und müssen den Nutzer befähigen
DSGVO konsequent weiterentwickeln.
EU-US Privacy Shield neu verhandeln.
- Die Linke:** Datenschutzbehörden mit mehr Ressourcen ausstatten.
Europaweit einheitliche Standards bei der Umsetzung der DSGVO.
Eine Angemessenheitsentscheidung kann es nur dann geben, wenn das Datenschutzrecht in dem betreffenden Drittstaat ein angemessenes Niveau hat.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Bündnis 90/

Die Grünen:

Welche personenbeziehbaren Daten im Internet preisgegeben werden, sollen die Betroffenen selbst entscheiden.
DSGVO ist ein Meilenstein für den modernen Datenschutz.
Die Verordnung muss wo nötig konkretisiert und weiter verbessert werden.
Verbindliche Ende-zu-Ende Verschlüsselung.

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

AfD:

Starker Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung.
Vollumfängliche Überarbeitung der jetzigen DSGVO und der darauf aufbauenden Legislation.
Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollten generell mehr Regulierungsbefugnisse zurück auf die nationale Ebene geholt werden

3. ePrivacy-Verordnung

BVDW-Forderung:

Vertraulichkeit von OTT-Services
Cookie-Regulierung vor dem Hintergrund der DSGVO neu betrachten
Zielgruppenspezifisch eingesetzte Werbung muss weiterhin möglich sein

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

- CDU/CSU:** DSGVO-kohärente sowie eine zwischen Datenschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsförderung ausgewogenen ePrivacy-Verordnung.
Der mühsam gefundene Kompromiss in der DSGVO darf nicht durch eine zusätzliche Verordnung ausgehebelt werden.
- FDP:** ePrivacy-Verordnung muss Ausgleich schaffen zwischen dem Interesse auf Privatsphäre und den Refinanzierungsmodellen der durch Online-Werbung finanzierten Online-Medien.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

- Die Linke:** Die Vertraulichkeit von OTT-Services muss genauso gewährleistet sein wie von Telekommunikationsdiensten.
Eine Rationalisierung der aktuellen Cookie-Regelung ist überfällig.
Solange die Algorithmen, die bei der Auktionierung von personalisierter Werbung zum Tragen kommen, nicht transparent und öffentlich gemacht sind und fortgesetzt völlig intransparent den Marktsektor dominieren, können wir nicht erkennen, dass personalisierte Werbung für den Verbraucher irgendeinen Nutzen besitzt.

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

- SPD:** Das Schutzniveau der noch gültigen ePrivacy-Regulierung, auch in Verbindung mit der DSGVO, sollte nicht durch die ePrivacy-Reform unterlaufen werden.
Untätigkeit oder vorangekreuzte Boxen können unter der DSGVO kein Einwilligung in tracking-basierte Werbung darstellen.
- Bündnis 90/
Die Grünen:** Mobile Endgeräte sollen vom Werk aus gemäß "Privacy by design" und "Privacy by default" den bestmöglichen Privatsphäreschutz garantieren.
Grundsätze der Interoperabilität sollen gelten.
Browsereinstellung "Do not track" soll rechtsverbindlich werden.
Dringen darauf, die zu verhandelnde ePrivacy-Verordnung weder weiter zu verzögern noch zu verwässern.
- AfD:** Unterstützen die ePrivacy-Verordnung in ihrer jetzigen Form.
Auswirkungen für Unternehmen und Verbraucher sollten handhabbar sein.
Datenverarbeitung und Datenaustausch sind notwendiger Bestandteil für die Weiterentwicklung der Gesellschaft.
Bevölkerung informieren und niederschwellige Bildungsangebote liefern.

4. Data Economy

BVDW-Forderung:

Freier europäischer Datenverkehr
Datenhoheit und Datensicherheit differenziert regulieren
Positionierung gegen das Konzept Dateneigentum
Datenteilung, im Sinne von Open-Data Strategie unterstützenswert

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

<u>CDU/CSU:</u>	Innovationsunion schaffen. Europäisches Mobilfunknetz 5G ausbauen. Einheitliche IT-Datenstandards für Computer und alle Arten digitaler Geräte. Neue Geschäftsmodelle ermöglichen und beschleunigen.
<u>FDP:</u>	Datenbezogene Geschäftsmodelle und informationelle Selbstbestimmung dürfen sich nicht ausschließen. Transparenz für Bürger und Opt-in Ansatz. Nutzungsrecht an Daten Schaffen.
<u>Bündnis90/ Die Grünen:</u>	Förderung der Data Economy sollte an den Daten- und Verbraucherschutz gekoppelt sein. Das Vorsorgeprinzip und die bestehende Regulierung zum Verbraucher- und Datenschutz darf keine Aufweichung zugunsten von Wachstum erfahren. Überprüfbarer, transparente sowie diskriminierungsfreier Einsatz von Algorithmen.
<u>Die Linke:</u>	Öffentlicher Ausbau der Infrastruktur. Investitionen in die Infrastruktur von jährlich 10 Mrd Euro. Die digitale Souveränität und das Recht auf die eigenen Daten stehen an erster Stelle.
<u>AfD:</u>	Begrüßen Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen für die datengetriebene Wirtschaft verbessern. Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung sicherstellen. Arbeitsergebnisse der öffentlichen Verwaltung und öffentlich-rechtlicher Unternehmen zur Verfügung stellen.

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

<u>SPD:</u>	Europäische Datenpolitik, die die Souveränität, Freiheit und Sicherheit der Menschen in der Datenwirtschaft stützt. Daten für alle - Digitale Datenmonopole aufbrechen - große IT-Riesen wie Google und Amazon oder Facebook verpflichten, ihre vollständigen anonymisierten und nicht-personenbezogenen Daten zu teilen und öffentlich zugänglich zu machen. Gemeinsame europäische Datenpools. Aufbau eines europäischen Cloud-Anbieters.
-------------	--

5. Künstliche Intelligenz, Blockchain, Ethik

BVDW-Forderungen:

Europaweit harmonisierte und innovationsfreundliche regulatorische Rahmenbedingungen
Datenethik sollte auf EU-Ebene aufgebaut werden
Brauchen qualifizierte Fachkräfte und Forschung
Transfer der Forschungsergebnisse in reale Anwendungsfälle

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

CDU/CSU:	Investition in die technologischen Schlüsselbereiche KI, Blockchain und Big Data. Digitalplattform für smarte Anwendungen und KI schaffen. Europa zu einem führenden KI-Standort machen. Weltweiten Wettlauf um den Quantencomputer gewinnen.
SPD:	Strikte ethische Standards. Verstärkte Förderung über Horizon 2020. Stärkere Zusammenarbeit der europäischen Forschung im Bereich KI. Europäischen Innovationsrat (EIC) zu Förderung bahnbrechender Ideen und Konzepte einrichten.
FDP:	Vollumfänglicher KI- und Blockchainrechtsrahmen ist nicht zielführend. In unterschiedlichen Sektoren werden unterschiedliche Anpassungen nötig sein. Sektorspezifische Prüfung für diese Technologien. Forschung fördern. Mensch-Technik Kooperation - Mit KI moderne Technik erleichtern und Produktivität ankurbeln.
Bündnis90/ Die Grünen:	Kooperation der Mitgliedstaaten. Gemeinsame Rahmenbedingungen. Klare ethische Standards. Bekanntnis zur raschen und demokratischen Erarbeitung dieser Standards.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Die Linke:	Verschärfung der Konkurrenz zwischen KMU und finanzstarken Unternehmen in diesem Bereich zu sehen. Neu- und Weiterqualifizierung von Beschäftigten mit einer Modernisierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Recht auf Weiterbildung. Soziale Absicherung der Soloselbstständigen und CrowdworkerInnen. Open-Data Konzepte fördern. Bessere ethische Guidelines. Kryptowährung wie Bitcoin sollen verboten werden.
-------------------	--

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

AfD:	Begrüßt Forschungsvorhaben, steht staatlicher Förderung ambivalent gegenüber. Bereits genügend Forschungsförderung erfolgt, die nur überschaubare Ergebnisse gebracht hat. Blockchain interessant, aber es ist Aufgabe der Privatwirtschaft die Technik zu nutzen und in die Anwendung zu bringen. Förderung ist hier nicht nötig.
-------------	--

6. Bildung und Arbeit 4.0

BVDW-Forderung:

Der Arbeitsmarkt sollte für IT-Fachkräfte aus dem Ausland weiter geöffnet werden
Bessere Schul-, Aus-, und Weiterbildungsmöglichkeit
Bessere grenzüberschreitenden Anerkennung von Berufen

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

CDU/CSU:

Fünf Millionen neue Zukunftsjobs in ganz Europa schaffen.
Bildung eines Europäischen Hochschulnetzwerks.
Ausbau dualer Strukturen der Berufsbildungssysteme.
Umsetzung von Arbeitsmarktreformen unterstützen.
Erasmus+ fördern.
Mindeststandards beim Arbeitsschutz in ganz Europa.
Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
Flexibler Arbeitsort, Arbeitszeiten und Arbeitsstrukturen.
Arbeitsmarktpolitik soll vorrangig nationale Aufgabe bleiben.
Lebensbegleitendes Lernen, Weiterbildung und berufliche Fortbildung stärken.

FDP:

Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.
Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz von Kindesbein an.
Weiterbildung und lebenslanges Lernen - Einrichtung digitaler Bildungsplattformen - Vorbild "Open University" "Massive Open Online Courses".
Geregelte Einwanderungspolitik ist Chancenpolitik.
Ausreichende Sprachkenntnisse und eine Berufsqualifikation als Voraussetzung für Einwanderung.
Gründung einer Europäischen Fachkräfteagentur.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

SPD:

Automatische und EU-weite Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Lernzeiten im Ausland.
Duale Ausbildung in Europa stärken.
Europäische Hochschulen mit internationaler Ausrichtung schaffen.
Finanzmittel von Erasmus+ verdreifachen.
Stärkerer Beschäftigungsschutz.
Beschäftigungsdatenschutz europaweit modernisieren.
Flexibilitätskompromiss zwischen Bedürfnissen Arbeitgeber/Arbeitnehmer
EU-Richtlinie zum Schutz von Beschäftigten auf Online-Plattformen.

Bündnis90/

Die Grünen:

Verbesserte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie ausländischer Abschlüsse.
Europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken.
Recht auf Weiterbildung europäisch verankern.
Neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für Wertschöpfung durch Maschinen und Algorithmen entwickeln.

Die Linke:

Für Einwanderung und offene Grenzen.
Differenzierte Betrachtung des Fachkräftemangels, es gibt keinen generellen Fachkräftemangel.
Regulierter Arbeitsmarkt, mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen für alle Menschen.
Investition in Schul-, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

AfD: Sieht die Vernachlässigung der Bildung in den MINT-Fächern.
Fehlende Würdigung der technischen Ausbildungsberufe/brauchen technisch hochqualifizierte Spezialisten.
Überregulierung am Arbeitsmarkt muss abgeschafft werden, sowie Steuer- und Abgabenlast gesenkt

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

7. Start-ups und Mittelstand

BVDW-Forderung:
Förderung einer Gründerkultur
Bürokratieabbau
Gezieltere und breitere finanzielle Förderung

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

CDU/CSU: Horizont 2020 weiterentwickeln zu "Future made in Europe".
Europäischer Zukunftsfonds zur besseren Start-up Finanzierung.
Einheitliche Start-Up Definition.
Mehr Risikokapital im Bereich der Gründung und Wachstumsphase.

SPD: Gezielte Förderung von Start-Ups in der Entwicklung bahnbrechender Ideen.
Investition in Forschung und Innovation.
Effiziente Einbindung der Digitalisierung und dadurch Entlastung der Verwaltungsvorgaben und Meldepflichten für KMU.
Förderung von KMU im Bereich Big Data, Cybersicherheit und KI.

FDP: "Zukunftsfonds" einrichten.
Öffnung von großen Kapitalsammelstellen für die Start-up Finanzierung.
Faire Wettbewerbsbedingungen (Kartellrecht).
Digitale Freiheitszonen ermöglichen (Experimentierräume und Öffnungsklauseln für Start-Ups).
Europäische Agentur für Sprunginnovationen schaffen.
Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch Anpassung des Vergaberechts für Start-ups erleichtern.

**Bündnis90/
Die Grünen:** Weniger Bürokratie und mehr Förderprogramme.
Nachfolgeprogramm von Horizon 2020 stärken.
Gründerförderung durch einen Start-Up Pass und durch Start-up Visa.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Die Linke: /

AfD: Ausufernde EU-Regulierung ist Hauptgrund für wenige Unternehmensgründungen - Bürokratieabbau muss sein.
Rückbau des „Dickichts“ an teils widersprüchlicher EU-Gesetzgebung
Gründerverständnis an Schüler übermitteln.
Einfachere Ausgestaltung im Sinne einer Antragspolitik an Unternehmensgründer.

Kurzfristige Bürgschaften für Start-ups und forschungsintensive Unternehmen.

8. Digitalsteuer

BVDW-Forderung:

Einheitliche, neutrale und faire Besteuerung von Unternehmen
kein Problem der Digitalen Wirtschaft allein

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

FDP: Vorschlag der Europäischen Kommission zur Digitalsteuer stößt auf Ablehnung - Lösung auf OECD Level finden

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

CDU/CSU: Faire Steuern und steuerliche Gleichbehandlung aller Unternehmen
Lücken der Besteuerung von großen, im Internet tätigen Unternehmen schließen.
Abgestimmte Lösung auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte.

SPD: Mindestbesteuerung digitaler Unternehmen auf globaler Ebene bis 2020
Alternativ den deutsch-französische Kompromissvorschlag ab 2021 einführen.

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Bündnis90/ Die Grünen:

Am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer.
Konsequente Besteuerung außereuropäischer Anbieter, die ihr Angebot online auch innerhalb der EU zugänglich machen.

Die Linke:

Große Digitalkonzerne müssen in Europa mehr Steuern zahlen
Einführung virtueller Betriebsstätten zur stärkeren Gewinnbesteuerung vor Ort sowie Quellensteuern bzw. Abzugsbeschränkungen gegen Gewinnverlagerung.

AfD:

/

9. Infrastruktur

BVDW-Forderung:

Beibehaltung des Prinzips der Netzneutralität
Weiterentwicklung der Gigabitgesellschaft (Glasfaser)

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

<u>CDU/CSU:</u>	Europäisches Mobilfunknetz 5G ausbauen. Breitbandausbau in Deutschland. Abgestimmtes Förderprogramm auf EU-Ebene, damit Gigabitgeschwindigkeit erschlossen werden kann.
<u>SPD:</u>	Netzneutralität schützen und weiterentwickeln. Flächendeckende, leistungsfähige Glasfasernetze bis an den Hausanschluss. Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk schaffen. Bis 2025 allen Haushalten in der EU Zugang zu Downloadgeschwindigkeit bis 100Mb/s verschaffen.
<u>FDP:</u>	Pro Netzneutralität Gigabit-Infrastruktur in der Fläche nötig. Connecting Europe Facility stärken. EU-Haushalt soll Sofortmaßnahmen der Mitgliedstaaten fördern. Einsatz neuer Verlegungsmethoden von Breitband-Infrastruktur. Mittel müssen vollständig abgerufen werden können. Datensicherheit und Netzintegrität müssen garantiert werden.
<u>Bündnis90/ Die Grünen:</u>	Flächendeckende Infrastruktur für Europa Umfassende europäische Investitionsoffensive für den Glasfaserausbau Förderung offener und freier WLAN-Netze. Rechtliche Stärkung der Netzneutralität.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

<u>AfD:</u>	Zügiger Ausbau der kabelgebundenen Netze wie auch der Mobilfunk-Infrastruktur unter Wahrung des Grundsatzes einer möglichst weitgehenden Netzneutralität. Dies ist aber eine nationalstaatliche Aufgabe. Deutschland braucht "Fiber to the Home" und auch deutschlandweit Gigabitfähige Internet-Anschlüsse für Unternehmen.
-------------	--

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

<u>Die Linke:</u>	Infrastruktur und Netze in öffentliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum überführen. Dauerhafter Zugang und Netzneutralität kann dadurch gewährleistet werden.
-------------------	--

10. Cybersecurity

BVDW-Forderung:

Kohärente und kooperative europäische Cybersicherheitspolitik
International koordiniertes Vorgehen
Sinnvolle Strafverfolgung von Cyberkriminalität ohne unverhältnismäßige Eingriffsrechte in die Digitale Wirtschaft

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Die Linke:

Eine erfolgreiche Politik der IT-Sicherheit muss alle relevanten Akteure der digitalen Wirtschaft einbinden.
International gültige und vergleichbare Sicherheitsstandards.
Sicherheit von Computersystemen an erster Stelle.
Bewährte und in der Strafverfolgung seit Jahrzehnten angewandte Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und rechtlichen Garantie Angeklagter beibehalten.
Staatlich verordnete Uploadfilter oder automatisierte technische Maßnahmen, genauso wie eine Überwachungspflicht für Plattformbetreiber ablehnen.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

SPD:

Von staatlichen Behörden genutzte Systeme vor Online-Attacks schützen
Personal in den Behörden regelmäßig schulen.
Gezielte grenzübergreifende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten unter Leitung von Europol, Eurojust, Enisa.
Besser Aufklärung der Gefahren für Bürger .
Stärkung der Befugnisse von Sicherheitsbehörden und neue Instrumente zur Bekämpfung der Cybersicherheit.
Elementare Grundrechte dürfen dabei nicht untergraben werden
Verpflichtung der Verschlüsselung beim Anbieter selbst.
Aufbau eines Europäischen Cybersicherheitskompetenzzentrums.
Haftungsregeln für die Hersteller vernetzter Produkte, auch für Programmierfehler und unzureichende Verschlüsselung.
europaweit einheitliche Kennzeichnung, die auf Netzwerkfähigkeit technischer Geräte hinweist.

FDP:

Kritische Infrastrukturen müssen besser vor digitalen Angriffen geschützt werden
Verbindliche europäische Mindeststandards und Grundsätze der IT-Sicherheit schaffen
Effektive Cybersicherheitsstruktur aufbauen
Hersteller von Hard- und Software für eindeutige IT-Sicherheitslücken haftbar machen und Lücken schließen.
Unabhängigkeit einer europäischen Infrastruktur.
Verwendung verschlüsselter Kommunikation fördern.
Ablehnung anlassloser Vorratsdatenspeicherung.
Europäische Polizeibehörde Europol zu einem europäischen Kriminalamt ausbauen und mit Ermittlungsbefugnissen ausstatten, um Mitgliedstaaten zu unterstützen.

Bündnis90/

Die Grünen:

Europäische Polizeibehörde EUROPOL mehr Kompetenzen, Ausbildungsmöglichkeiten und Mittel bereitstellen.
Auf Definition von Cybersecurity einigen.

Ablehnung von Staatstrojanern/"Hack-Verbot" für Strafverfolgungsbehörden.
Verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.
Produkthaftung für Software auf EU-Ebene.
Einheitliche Sicherheitsnormen.

AfD:

Einsatz starker Kryptographie erforderlich.
Stärkung des Verbraucherschutzes im Bereich IOT.
Verbraucher aufklären.
Kompetenzzentren und Schulungsangebote für Ermittler.
Ablehnung einer EU-Polizei.
Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung.
In vielen Bereichen der Cyberkriminalität sollten weiterhin über Methoden klassischer polizeilicher Ermittlungsarbeit angegangen werden.

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

CDU/CSU:

Schlagkräftige Cyber-Brigade.
Maßnahmen, die Unternehmen im digitalen Bereich vor Spionage, Sabotage und Cybercrime schützen.
Kompatible europäische und nationale Datensysteme der Sicherheitsbehörden.
Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder sollen von den Sicherheitsbehörden in Europa intensiv ausgetauscht werden und automatisiert abgerufen werden können.

11. Medienkonvergenz/Urheberrecht

BVDW-Forderung:

Aufgabe der Unterscheidung zwischen linearen und nicht-linearen Angeboten
Zielführende Umsetzung und langfristig auch Überprüfung der AVMD-Richtlinie
Sicherung der Angebotsvielfalt
Sinnvolles europäisches Urheberrecht, das Urheber schützt, ohne die Meinungsfreiheit zu gefährden (keine Upload-Filter)

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

- FDP:** Rechtsrahmen für Medien und Kommunikation an die heutigen Gegebenheiten anpassen.
Schutz des geistigen Eigentums.
Faire Entlohnung für Urheber.
Gegen Upload-Filter.
- Die Linke:** Ablehnung des Leistungsschutzrechts.
Urheberrecht greift zu kurz, stärkt Gatekeeper-Position der Plattformen
Jede Nutzung muss gesondert vergütet werden.
Total-Buyout-Verträge und Pauschalvergütungen müssen eingeschränkt werden.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

- SPD:** Unterscheidung zwischen linearen und nicht-linearen Inhalten könnte zukünftig aufgegeben werden.
Sicherung der Angebotsvielfalt weiterentwickeln.
Urheberrecht muss auf nationaler Ebene eng begleitet werden und die verankerte Evaluierungsklausel der Richtlinie genutzt werden, um die Fehlentwicklung in Bezug auf Artikel 17 zu beheben.
- AfD:** Neuordnung des Rundfunkwesens und des Medienrechts ist nötig
Novellierung ist auf nationaler Ebene und nicht EU-Ebene erforderlich
Unterscheidung zwischen linearen und nicht-linearen Angeboten ist veraltet.
EU-Urheberrechtsreform ist in vielen Bereichen nicht tauglich.
Keine Upload-Filter.
Beibehaltung der "take-down and notice" Praxis.
Ablehnung des Leistungsschutzrechts.

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

- CDU/CSU:** Digitalisierung und Medienkonvergenz entwickeln sich stetig weiter
Auffassung, dass mit der EU-Urheberrechtsreform unterschiedliche berechnete Interessen in eine faire Balance gebracht wurden.
CDU/CSU stehen dem Einsatz von Uploadfiltern „nach wie vor“ skeptisch gegenüber - gute nationale Umsetzung nötig über "bezahlen statt blocken".

12. Struktur und Zukunft der EU

BVDW-Forderung:

Stärkung der Europäischen Identität
Initiativrecht für das Europäische Parlament
Bessere Koordinierung über digitalpolitische Sprecher im EP
Diskussion über das Einstimmigkeitsprinzip im Rat - Reaktionsfähigkeit sicherstellen

Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

<u>CDU/CSU:</u>	Initiativrecht für das Europäische Parlament. Effizienz der Arbeit im Europäischen Parlament verbessern. Subsidiaritätsprinzip einhalten.
<u>SPD:</u>	Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken. Europäische Identität fördern. Einführung von europäischen Wahllisten. Initiativrecht des Europäischen Parlaments. Gestärktes Untersuchungs- und Kontrollrecht des Europäischen Parlaments.
<u>FDP:</u>	Europäische Union grundlegend reformieren. EU soll sich auf die großen Fragen konzentrieren. Schnellere Entscheidungen. Mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat. Initiativrecht für das Europäische Parlament. Europäische Kommission verkleinern. Eine demokratische, dezentrale und bundesstaatliche EU schaffen.
<u>Die Linke:</u>	Initiativrecht des Europäischen Parlaments. In einigen Bereichen kann es sinnvoll sein, das Einstimmigkeitsprinzip im Rat aufzugeben (Bsp. Steuern).
<u>Bündnis90/ Die Grünen:</u>	Ein eigenes Initiativrecht für das Parlament. Blockademöglichkeiten im Rat verringern, indem Mehrheitsentscheidungen eingeführt werden, wo heute noch Einstimmigkeit herrscht. Transnationale Listen einführen. Wahlalter auf 16 absenken. Kommissionspräsident soll nur werden, wer zuvor als Spitzenkandidat angetreten war.

Teilweise Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

Keine Übereinstimmung mit den BVDW-Forderungen

<u>AfD:</u>	Einstimmigkeitsprinzip im Rat darf nicht angetastet werden. Undemokratisches EU-Parlament abschaffen.
-------------	--